



## Dokumentation der Veranstaltungsreihe

### Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft



#### Teil 2

**Veranstaltung: Kann das „Persönliche Budget“ dazu beitragen, Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu sichern?  
am 07.11.2002**

# Vorwort

## **Meine sehr geehrten Damen und Herren,**

am 01.07.2001 ist das neue Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (SGB IX) in Kraft getreten. Durch das SGB IX wird die Kodifikation des Rechtes der sozialen Sicherung fortgesetzt und für das Rehabilitationsrecht realisiert.

Das SGB IX soll, so der Gesetzgeber, den durch die Reform des Schwerbehindertengesetzes eingeleiteten Paradigmenwechsel in der Politik mit behinderten Menschen fortsetzen. Es wird endlich Abschied genommen von dem der Fürsorge obliegenden Behinderten. Vielmehr soll der behinderte Mensch aktiv im Mittelpunkt der rehabilitativen Bemühungen stehen und weitgehend selbst über die Gestaltung seiner Rehabilitation entscheiden können. Ziel des Gesetzes ist es, die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft zu fördern und Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Dabei wird den besonderen Bedürfnissen behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder Rechnung getragen.

Dies alles ist nicht nur begrüßenswert, sondern war auch längst überfällig. Auch in der Behindertenpolitik hatte es einen Reformstau gegeben, der von der Bundesregierung mit dem SGB IX und dem in der Zwischenzeit verabschiedeten Behindertengleichstellungsgesetz aufgelöst werden soll.

Es stellt sich die Frage, ob dies gelungen ist. Gelungen ist es dann, wenn sich nicht nur Gesetzestexte sondern die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen aus ihrer Sicht positiv geändert hat. Dieser Frage werden wir in insgesamt vier Veranstaltungen nachgehen und die Ergebnisse in einer Broschüre und im Internet dokumentieren.

Die erste Veranstaltung befasste sich mit der Frage, wie der Anspruch auf Teilhabe auch für psychisch behinderte Menschen realisiert werden kann. Die zweite Veranstaltung am 07.11.2002 ging der Frage nach, ob das Persönliche Budget dazu beitragen kann, Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu sichern. Ich freue mich, Ihnen die Statements und die Dokumentation der lebhaften Diskussion mit dieser Vorabdokumentation zur Verfügung stellen zu können.

Diese Dokumentation gewinnt eine besondere Aktualität dadurch, dass die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages am 15. Mai 2003 über die Frage der Einführung eines Persönlichen Budgets beraten haben. Dabei waren alle Fraktionen im Grundsatz für die Erprobung und Einführung des Persönlichen Budgets. Das deckt sich mit der Meinung der behinderten Menschen, die an der hier dokumentierten Veranstaltung teilnahmen. Es kommt also nur noch darauf an, anzufangen.

## **Karl Finke**

Behindertenbeauftragter  
des Landes Niedersachsen

**Herr Jähnert:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Frau Ratering und die Herren auf dem Podium, die ein Statement zum Thema abgegeben werden. Ich fange mit Herrn Tank an. Herr Tank ist Vorsitzender der "Landesarbeitsgemeinschaft von Behindertenvertretungen der Wohneinrichtungen in Niedersachsen, der LAG BV" Er hat heute Morgen die Mitgliederversammlung der LAG BV geleitet. Das gibt mir die Gelegenheit, die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt noch dazu gekommen sind, also die Mitglieder der LAG BV, herzlich zu begrüßen.

Helmut, du stellst dich bitte selbst noch kurz vor. An dich die Frage: Kannst du dir vorstellen, mit Unterstützung des Persönlichen Budgets aus dem Heim auszuziehen, in dem du jetzt lebst?

**Herr Tank:**

Ich lebe seit 35 Jahren in einer großen Einrichtung der Behindertenhilfe und ich spreche gelegentlich mal von der Anstalt. Ich denke, wir müssen die Dinge nicht immer schön reden und deshalb soll man eine Anstalt auch so benennen können. Adorno hat einmal gesagt:

***"Übertreibung ist ein Maß der Wahrheit."***

Ich bin Diplom-Pädagoge. Dass ich studiert habe, verdanke ich den vielen Zivildienstleistenden, die mich in den letzten Jahren gepflegt, betreut oder mir assistiert haben. Nicht nur die Zivildienstleistenden sind durch ihren Dienst sozialisiert, sondern auch wir, die Menschen mit Behinderung. Meine Sprache, mein Denken und das, was ich bin, nicht nur in beruflicher Hinsicht, habe ich den Zivis zu verdanken. Seit Jahren lebe ich in einer Einrichtung und erledige außerhalb dieser meine verschiedenen Jobs mit Assistenz. Ein so genanntes duales System: Pflege, Wohnen und Essen in der Einrichtung, Kultur, Soziales und Berufliches privat organisiert.

Nun zum Persönlichen Budget: Eine überzeugende Idee, mit der ich mich seit einiger Zeit befasse. Ich war lange im Vorstand des Vereins "FOKUS Hannover". Dort sollte das Geld ähnlich wie beim Persönlichen Budget für selbstbestimmtes Leben eingesetzt werden. Eine tolle Sache, aber in vielen internen Sitzungen habe ich festgestellt, dass dieses nur funktioniert, wenn die Kostenträger auch genug Geld für das Persönliche Budget zur Verfügung stellen. In Hannover war das nicht der Fall und Fokus musste sich verhalten wie eine Einrichtung. Das heißt, wenn alle Menschen, die auf

Hilfe angewiesen sind, gleichzeitig um 11 oder 12 Uhr ins Bett gehen wollen, dann kann man das nur sukzessiv hinkriegen, weil keine drei oder vier Kräfte zur gleichen Zeit beschäftigt werden können. Also eine Situation wie im Heim.

Die Strukturen einer Einrichtung sind sehr eng, das heißt, die Bewohner werden fremdbestimmt. Die Regeln dienen nicht nur den vernünftigen Arbeitsabläufen, sondern richten sich oft gegen die Selbstbestimmung der Bewohner. Es muss daher eine ständige Kommunikation stattfinden, um zu einem guten Miteinander zu kommen.

Leider haben viele Bewohner einer Institution nicht gelernt, sich zu behaupten. Einige haben sicher auch aufgegeben und andere haben gesagt: "Dann ziehe ich eben in eine eigene Wohnung." Die Schwere der Behinderung mit der künstlichen Beatmung verursacht bei mir ein Sicherheitsdenken. Diese Sicherheit ist bis jetzt in den Einrichtungen gerade nachts gewährleistet. Zusätzlich benötige ich beim Aufstehen, dem Zubettgehen und bei Toilettengängen zwei Personen. Dieser Personalaufwand ist in einer eigenen Wohnung schwer zu realisieren.

**Herr Jähnert:**

Ich begrüße Ralf Ekkardt. Er hatte den weitesten Weg. Er kommt aus Mainz und berät dort Assistenznehmer oder behinderte Menschen, die sich für das Persönliche Budget interessieren. Er wird uns jetzt erklären, was das Persönliche Budget in Rheinland-Pfalz ist.

**Herr Becker:**

Das Persönliche Budget ist für Menschen mit körperlicher, geistiger und seelischer Behinderung gedacht. Mit dem Persönlichen Budget werden zwei Ziele verfolgt:

1. soll vermieden werden, dass behinderte Menschen ins Heim wechseln müssen und
2. soll die Möglichkeit gegeben werden, dass behinderte Menschen aus dem Heim heraus in eine eigenständige Wohnform wechseln.

Das Gleiche gilt auch für das betreute Wohnen. Die Voraussetzungen für diesen Schritt sind ausreichende intellektuelle Fähigkeiten und ausreichendes Sozialverhalten. Des Weiteren muss ein zur Förderung bereites und fähiges Umfeld für behinderte Menschen vorhanden sein. Der behin-

derte Mensch soll nicht aus dem Heim ausziehen und dann ganz alleine da sitzen und nicht wissen, an wen er sich wenden kann. Dann würde er praktisch vereinsamen. Der letzte Punkt ist, dass alle zu erwartenden Hilfen, also das Persönliche Budget und die Leistungen nach dem BSHG zusammen unter den Kosten liegen müssen, die bei einer Heimunterbringung zu erwarten wären.

**Herr Jähnert:**

Du solltest dich doch noch kurz vorstellen. Sag doch mal eben, was du machst.

**Herr Ekkardt :**

Ich arbeite im Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen in Mainz. Wir sind eine Beratungsstelle für behinderte Menschen. Wir sind alle selbst behindert und kennen daher die Situation anderer behinderter Menschen. Wir beraten behinderungsübergreifend. Das heißt, wir beraten Körperbehinderte genauso wie Lernbehinderte oder auch jemanden, der seelisch behindert ist, und zwar zu allen Fragen, die eine Behinderung aufwirft. Das können Fragen zu Hilfsmitteln sein, zum eigenen, behindertengerechten Wohnen in der eigenen rollstuhlgerecht umgestalteten Wohnung, Beratung und Unterstützung bei der Suche nach einer Persönlichen Assistenz, Beratung bei partnerschaftlichen Problemen, Begleitung zu Ämtern und auch Hilfen bei Problemen, die in Heimen auftreten können usw.

**Herr Jähnert:**

Danke. Als nächstes möchte ich Frau Hedwig Ratering begrüßen, die maßgeblich dafür verantwortlich ist, was in der Behindertenpolitik in Niedersachsen passiert. Sie ist Abteilungsleiterin der Abteilung Soziales im Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (MFAS). Die Frage an Sie, Frau Ratering: Wo finden Sie denn Ihre Abteilung wieder? Eher bei denen, die im Heim leben, oder bei denen, die auf keinen Fall im Heim leben möchten?

**Frau Ratering:**

In Sachen Behindertenpolitik hat unsere Abteilung in den letzten zehn Jahren einen Wandel erfahren. Früher waren wir sehr stark geprägt in Richtung Fürsorge, dachten und planten eher in Strukturen, die mehr in Richtung Heim gingen. Nicht zuletzt durch die "Selbstbestimmt Leben Bewegung" ist ja auch in unserem Haus ein Wechsel im Denken eingetreten. Herr Finke und Herr Jähnert waren auch nicht ganz unbeteiligt daran, das will ich ganz offen sagen. Betrachten wir jetzt den

Spannungsbogen zwischen Autonomie und Fürsorge, so bewegt sich niedersächsische Behindertenpolitik eher in Richtung Autonomie. Dazu passt, dass die Landespolitik sehr zentral die Forderung stellt, Selbstbestimmung in den Fokus zu nehmen. Das alles spricht sehr für Selbstständigkeit, spricht für das Persönliche Budget. Und es spricht dafür, dass behinderte Menschen, also Sie, meine Damen und Herren, so weit wie möglich selbstbestimmt außerhalb von stationären Einrichtungen leben. Vor diesem Hintergrund haben wir vor zwei Jahren eines der Hemmnisse, jedenfalls aus Sicht der Sozialhilfe, aufgehoben. Nämlich die Situation, dass unterschiedliche Kostenträger für unterschiedliche Wohnformen zuständig sind. Vor uns liegt ein längerer Weg, wir sind noch am Anfang. Aber wir kennen das Ziel. Es müssen Rahmenbedingungen vorhanden sein, damit wir in Richtung Selbstbestimmung mehr machen können.

**Herr Jähmert:**

Karl Finke, was frage ich dich denn eigentlich? Ich weiß ja, was du sagst. Also bitte, ich stelle erst gar keine Frage.

**Herr Finke:**

Die Einführung des Persönlichen Budgets ist eines der zentralen Anliegen, die uns vom Büro des Behindertenbeauftragten bewegt. Dazu gibt es verschiedene Aspekte: Der wichtigste: Die Stärkung der eigenständigen Lebensformen behinderter Menschen und deren Gestaltungshoheit über die zur Verfügung stehenden Mittel. Ich bin der Meinung, im Heim zu leben ist eine Form für behinderte Menschen, wenn sie dies wünschen, so wie Helmut das für sich formuliert hat. Aber es kann und darf nicht die einzige Form sein.

Die Realität, nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit, ist allerdings immer noch die, dass 95 % aller Gelder in den stationären Bereich fließen und 5 % in den ambulanten Bereich. Und da sind wir der Meinung, dass unter finanziellen Gesichtspunkten, aber insbesondere unter dem Aspekt der Stärkung der Lebensqualität behinderter Menschen selbst, das Persönliche Budget die richtige Variante ist. Mir ist z. B. bekannt, dass der materielle Lebensstandard in Großbritannien, verglichen mit dem behinderter Menschen in Deutschland, deutlich schlechter ist. Allerdings da-

durch, dass bestimmte Situationen selbst erkämpft wurden, sind sie mit einem mächtigen, Persönlichen Stolz verbunden und Nachteile werden eher akzeptiert.

Der damalige Staatssekretär aus Rheinland Pfalz, Herr Jensen, hat das alte Modell seines Bundeslandes hier im MFAS vorgetragen, nach dem Motto: Zur Nachahmung empfohlen. Und jetzt ist es im SGB IX verankert mit der Aufforderung, entsprechende Modelle auch Realität werden zu lassen. Dass dies auch geschieht, ist mein Anliegen. Derartige behindertenpolitische Anliegen können nur dann transportiert werden, wenn behinderter Menschen dahinter stehen t oder zumindest ein großer Teil von ihnen, weil das Büro allein nicht die Durchsetzungskraft dazu hat. Wir können thematisieren, so wie heute, wir können Anliegen politisch transportieren, wir können auf die Unterstützung der Abteilungsleiterin hoffen und haben damit schon einen großen Schritt gewonnen. Aber wir benötigen noch weitere Folgeschritte. Der nächste ist, dass Gelder für diese Projekte in den Haushalt eingestellt werden. Das sind die nächsten Dinge, die zusammen mit euch zu erörtern sind und dann durchgesetzt werden müssen. Unser Ziel ist es, das in nächster Zeit einzubringen und damit eine Situation zu erreichen, in der ambulant tatsächlich vor stationär kommt.

**Herr Jähnert:**

Mathias Westecker, du hast dich als Mitarbeiter des Behindertenbeauftragten der Stadt Hamburg, um das Persönliche Budget verdient gemacht, weil du dich sehr früh dieses Themas angenommen hast. Du hast an Studienreisen teilgenommen und das Thema schon diskutiert, als die Idee hier noch belächelt wurde. Aber das ist ja immer so, wenn man eine neue Ära beginnen will. Wie ist das jetzt eigentlich bei euch in Hamburg? Ihr habt damit sehr früh begonnen, konntet ihr bis zum heutigen Tage eure Vorstellungen realisieren?

**Herr Westecker:**

Ich darf mich zunächst kurz vorstellen: Mein Name ist Mathias Westecker, ich arbeite bei "Leben mit Behinderung Hamburg". Ich habe die damaligen Studienreisen nach England und in die Niederlande mitgemacht und den Bericht darüber geschrieben.

In Folge der Reisen wurde auch für Hamburg ein Modell zum Persönlichen Budget entwickelt. Um es auf den Punkt zu bringen: Es ist etwas peinlich, dies gestehen zu müssen. Dieses Modell ist bis heute leider nicht umgesetzt worden. Die Grundidee ist, dass in einem zweijährigen Modellversuch 100 Menschen mit Behinderung ein Persönliches Budget erhalten und bei Bedarf zusätzlich Hilfe im Rahmen der Eingliederungshilfe. Die Pflegeversicherung ist bei diesem geplanten Versuch nicht einbezogen und das Modell soll kostenneutral umgesetzt werden. Einzelne Teilnehmerinnen oder Teilnehmer können dabei wohl weniger und andere mehr Geld (Persönliches Budget) erwarten, abhängig von ihrem Assistenzbedarf. Richtig ist es gewesen, die Träger aus den Verhandlungen der Modellentwicklung herauszunehmen und nur die Selbsthilfeverbände mit ins Boot zu nehmen, um das Ganze zu entwickeln. Denn die meisten Träger hatten große Bedenken, ob das Modellprojekt machbar und umsetzbar ist. Eine Rückkehr zum alten Prinzip der Sachleistungen ist für die Nutzer persönlicher Budgets jederzeit möglich und die Teilnahme selbstverständlich freiwillig. Anfang nächsten Jahres will die Verwaltung einen neuen Anlauf unternehmen, um das Modell in Hamburg zu realisieren.

**(Anmerkung: Seit dem 01.01.2003 wird das zweijährige Hamburger Modellprojekt Persönliches Budget umgesetzt.)**

**Herr Jähnert:**

Da hier auf dem Podium jetzt kein Sprechbedarf mehr besteht, beziehe ich Sie, meine Damen und Herren, jetzt in die Diskussion mit ein.

**Teilnehmer:**

Wie weit ist das MFAS bei der Vorbereitung eines Assistenzleistungsgesetzes?

**Frau Ratering:**

Sie kennen alle die Finanzlage der öffentlichen Kassen, egal welche Ebene wir betrachten. Trotzdem ist es dem Bund in der letzten Legislaturperiode gelungen, mit dem SGB IX ein Leistungsge-

setz zu schaffen und die Sozialhilfe als Rehaträger einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund schätze ich, dass in dieser Legislaturperiode auf der Bundesebene sich nicht mehr viel tun wird. Es wäre denkbar, dass wir ein Assistenzgesetz für das Land schaffen, Leistungen übernehmen und damit die kommunale Ebene entlasten. Ich halte es allerdings für wenig realistisch. Ich persönlich neige dazu, einen Modellversuch zum Persönlichen Budget zu starten. Die Chancen hierzu sind gut, weil wir hier in Niedersachsen die Trennung zwischen örtlichem Kostenträger (für ambulante Maßnahmen zuständig) und überörtlichem Träger, also das Land Niedersachsen (für stationäre Maßnahmen zuständig), aufgehoben haben. Wir sollten modellhaft ausprobieren, was im Rahmen des Persönlichen Budgets möglich ist und was nicht geht. Dann wissen wir, inwieweit sich einzelne Modelle landesweit realisieren lassen. Ich habe heute Morgen auch wahrgenommen, dass es erhebliche Ängste im Zusammenhang mit dem Persönlichen Budget gibt; z. B. die, dass es ein Sparmodell ist. Das wollen wir nicht. Um das zu vermeiden, sollten wir das Persönliche Budget in einem Modellversuch erproben.

**Teilnehmer:**

Meine Frage geht an Herrn Finke. Es heißt, die Kassen in Niedersachsen sind leer. Es ist kein Geld da. Wie soll dann Niedersachsen das Budget finanzieren?

**Herr Finke:**

Erst einmal bin ich der Meinung, dass die Gelder, die für die Institutionen, in denen behinderte Menschen betreut werden, zur Verfügung gestellt werden, genauso gut auch den behinderten Menschen direkt zur Verfügung stehen können. Ich will es an zwei Beispielen verdeutlichen. Wenn jemand in einer Werkstatt arbeitet, zahlt das Land Niedersachsen dafür pro Person und Monat etwa 1.000 Euro. Man kann genauso gut sagen, dass diese Person diese 1.000 Euro bekommt mit der Auflage, hierfür Beschäftigung für sich zu organisieren, und zwar sozialversicherungspflichtig, sei es in der Werkstatt, im Integrationsbetrieb oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Genau so gut kann man es auf den Bereich des Persönlichen Budgets übertragen. Die Kosten, die sonst für einen Aufenthalt im Heim entstehen, entstehen dann halt für das Persönliche Budget. Helmut Tank hat aus seiner Sicht begründet, weshalb er bewusst und dauerhaft in einem Heim leben will. Er legt dabei einen großen Wert auf den Sicherheitsaspekt, den er nicht vernachlässigt

haben will. Aber es gibt in der Tat Kostensätze für Heime, die sich um die 5.000 oder 6.000 Euro pro Monat bewegen. Dafür kann man dem behinderten Menschen anbieten, dass er im Rahmen eines Persönlichen Budgets eben diesen Betrag zur Verfügung gestellt bekommt, um damit Personen für seine Sicherheit, seine Assistenz und seine Mobilität einzustellen. Mit diesen Summen können diese Assistenten dann auch ordentlich, also tarifgerecht, bezahlt werden. Dumping-Preise wie in England sind dann überhaupt nicht notwendig.

Heute Morgen ist ein Punkt, der nach meiner Einschätzung ein wichtiges Hemmnis bei der Durchsetzung des Persönlichen Budgets ist, deutlich angesprochen worden. Die Machtfrage. Es geht um Macht, es geht um Eigeninteressen der Träger, die die Versorgung in Einrichtungen anbieten. Wenn die genannten Kostenträger oder Leistungserbringer, also z. B. das Land Niedersachsen, mit den Trägern der Einrichtungen verhandeln, und diejenigen, um die es eigentlich geht, nämlich die behinderten Menschen, als Leistungsempfänger fehlen, dann ist die Macht falsch verteilt. Wenn behinderte Menschen sich nicht mit ihren Interessen und Belangen entsprechend einbringen können, dann können Sie sich leicht vorstellen, wessen Interessen am Ende der Diskussion ausschlaggebend sind. Hier müssen wir was ändern. Hier müssen die Menschen mit Behinderungen die Macht erhalten, die wir den Heimträgern und Kostenträgern nehmen müssen. Damit wäre ein echter Schritt nach vorne getan.

**Teilnehmer:**

Wurde in Rheinland-Pfalz eine Vereinbarung zum Persönlichen Budget abgeschlossen, an der die behinderten Menschen beteiligt waren?

**Herr Ekkardt:**

Es ist so, dass wir in Rheinland-Pfalz immer noch ein Modellprojekt haben, das erst im nächsten Jahr landesweit eingeführt wird. Und ich denke, die Erfahrungen, die jetzt in Rheinland-Pfalz gemacht wurden, werden mit Sicherheit auch von den anderen Bundesländern beachtet, um von den gewonnenen Erfahrungen profitieren zu können. damit diese Konzepte und Modelle bei ihren Projekten mit einfließen können. Es ist, wie gesagt, immer noch eine Erprobung. Selbst in den einzelnen Modellregionen in Rheinland-Pfalz wird das Persönliche Budget noch nicht einheitlich durchgeführt. Eine solche Vereinheitlichung wäre im Modellversuch wohl noch etwas zu früh.

Ich denke, dass sich das Persönliche Budget durchsetzen wird, weil man sieht, dass diese Form billiger ist als eine Einweisung ins Heim. Das hat der bisherige Modellverlauf in Rheinland-Pfalz gezeigt.

**Teilnehmer:**

Ich würde sehr gern drei Aspekte aufnehmen. Es ärgert mich, dass die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen immer an den entstehenden Kosten gemessen werden. Den zweiten Aspekt finde ich ebenfalls ganz wichtig. Nämlich Menschen mit Behinderungen an den Verhandlungen um Kosten und um Qualitätssicherung zu beteiligen. Das Qualitätssicherungsgesetz ist, soweit ich weiß, ohne Beteiligung behinderter Menschen zustande gekommen. Niemand hat uns gefragt, ob wir mit dem, was da beschlossen wurde, einverstanden sind. Der dritte Aspekt, den ich ganz besonders wichtig finde, ist die Tatsache, dass wir dafür streiten müssen, dass endlich Leistungen, die unsere Lebensqualität erhalten und verbessern, unabhängig vom Einkommen geleistet werden. Wir brauchen ein Leistungsgesetz.

**Herr Finke:**

Also, ich bin dafür, dass erstens die Lebensqualität behinderter Menschen nicht an Kosten festgemacht werden darf. Zweitens, dass behinderte Menschen an den Verhandlungen um die Entgeltvereinbarungen, die früheren Pflegesätze, zu beteiligen sind. Drittens, dass wir endlich ein Leistungsgesetz bekommen und viertens, das will ich auch sagen, dass wir eine starke Kundenorientierung bei allen Maßnahmen benötigen.

**Teilnehmerin:**

Was ist mit dem Geld für Unterwäsche? Es kann doch nicht sein, dass behinderte Menschen zwar Bekleidungsgeld bekommen, aber ihre Unterwäsche von ihrem Taschengeld bezahlen müssen.

**Frau Ratering:**

Ich muss jetzt mit einem gewissen Vorbehalt antworten, weil ich nicht genau weiß, ob ich das Problem richtig gesehen und verstanden habe. Nach meiner Kenntnis gibt es Entscheidungen, wonach im Regelsatz in der Sozialhilfe Wäsche im geringen Umfang berücksichtigt ist. Das hat zur Konsequenz, dass es Anweisungen im Rahmen der Sozialhilfe gibt, wonach die Unterwäsche nicht im Rahmen der Bekleidungshilfe abgedeckt werden darf.

**Teilnehmer:**

Ich wollte nur kurz sagen, dass wir uns in Hildesheim zusammengesetzt haben und Folgendes fordern: Wir möchten, dass das Land Niedersachsen mehr Arbeitsplätze für Leute mit einer psychischen Erkrankung schafft. Auch wir haben ein Recht auf Arbeit und wir möchten nicht, dass wir Menschen zweiter Klasse sind und in der Gesellschaft nicht akzeptiert werden. Wir wollen integriert sein. Es gibt genügend wohlhabende Firmen die das unterstützen könnten. Ich bedanke mich.

**Teilnehmer:**

Ist es bei der SPD und bei den Grünen in Niedersachsen dazu gekommen, dass das Land jetzt mehr vom Assistenzmodell hält, als dies bei Einführung der Pflegeversicherung der Fall war?

**Frau Ratering:**

Zutreffend ist, als die Pflegeversicherung 1995 im ambulanten Bereich eingeführt wurde, gab es heftige Auseinandersetzungen um das Arbeitgebermodell. Ich kann nicht für die Partei der Grünen und der SPD antworten. Es ist in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene vereinbart worden, über die Pflegeversicherung nachzudenken.

Wir alle haben die Erfahrung gemacht, dass man die Selbstbestimmung nicht durch die Art und Weise, wie ich einen Zuschuss gebe, beeinflussen sollte. Das ist bei der Pflegeversicherung der Fall. Je nachdem, wo ich lebe, im Heim oder in der eigenen Wohnung, ist der Zuschuss unterschiedlich. Ich bin nicht sicher, ob wir das auf Dauer so beibehalten sollten. Ich will damit nicht die Antwort vorgeben. Ich will nur sagen, die Bundesregierung sollte das noch einmal überdenken. Was den Arbeitsbereich angeht, bei der Änderung des Schwerbehindertengesetzes in der letzten Legislaturperiode ist Assistenz im beruflichen Bereich eingeführt worden. Es gibt Mittel aus der Ausgleichsabgabe und das ist nach wie vor, wie ich denke, eine wesentliche Änderung. Die ersten Erfahrungen werden uns zeigen, ob es zu bürokratisch ist, wie es gemacht wird oder ob die Leistungen nicht bekannt sind. Die Nachfrage in Niedersachsen ist bislang sehr gering.

**Teilnehmer:**

Was ich jetzt ansprechen möchte, hat nur indirekt etwas mit dem Persönlichen Budget zu tun. Niedersachsen ist eines der wenigen Länder, in denen es kein Gehörlosen- oder Hörgeschädigtengeld

gibt. In anderen Bundesländern wird es jedoch analog zum Blindengeld gezahlt. Ich denke, ein solches Hörgeschädigtengeld ist auch eine Art Persönliches Budget, das dem Ausgleich hoher behinderungsbedingter Aufwendungen dienen könnte. Meine kurze Frage lautet: Wird in Niedersachsen über so etwas nachgedacht?

**Frau Ratering:**

Nein, solche Überlegungen sind mir nicht bekannt.

**Teilnehmer:**

Ich lebe in Sorsum und arbeite dort in einer Werkstatt. Ich verdiene 800 Euro. Das ist mir viel zu wenig, und würde gerne ein bisschen mehr verdienen, da ich Unterwäsche, Zahnpasta usw. selbst bezahlen muß. Das ist nicht so toll.

**Herr Jähnert:**

Das ist ein Einzelfall. Wir können hier grundsätzlich darauf antworten. Frau Ratering hat das ja auch gerade getan. Aber wir sollten hier keine Einzelfälle besprechen.

**Teilnehmer:**

Ich bin bei der Lebenshilfe beschäftigt. Mir fällt auf, wir machen uns hier schwerwiegende Gedanken um die Frage des Persönlichen Budgets. Meiner Meinung nach haben wir drängendere Probleme. Wenn eine Bewohnerin voller Empörung die Frage nach Unterwäsche und dem Bekleidungsgeld stellt und hier eine Antwort bekommt, die ich nun wirklich nicht verstanden habe, habe ich damit ein Problem. Wie soll denn die Bewohnerin diese Antwort verstanden haben? Das heißt, wir haben ein schwerwiegendes Kommunikationsproblem. Das ist das eine.

Wir machen uns Gedanken um das Persönliche Budget und haben Schwierigkeiten damit, ein vernünftiges Formular in die Hände zu bekommen, wie man Heimbewohnern oder den Heimbeiräten eine Heimmitwirkungsverordnung klar machen kann. Welche Rechte haben die Menschen dort überhaupt? Die Bewohner in den Heimen haben Probleme damit, das Wort "Heimmitwirkungsverordnung" über die Lippen zu bekommen. Sie verstehen überhaupt nicht, was in dieser Heimmitwirkungsverordnung steht. Das bedeutet: Man braucht dringend eine Übersetzung. Ein Formular, in dem wirklich auch den Heimbeiräten auf einfache Art und Weise klar gemacht wird, was es für

Möglichkeiten, Rechte und Pflichten gibt. Gleiches trifft natürlich auch auf die Einladung für diese Veranstaltung zu. Wenn ich diese Einladung in die Hände bekomme, ich sie vier Mal durchlesen muss, bevor ich sie verstehe, dann kann es auch nicht im Sinne der Heimbeiräte, der Bewohner und auch natürlich nicht im Sinne der Behinderten sein.

**Herr Ekkardt:**

Dazu möchte ich aber etwas sagen. Für Menschen, die nicht die Fähigkeit haben, solche Vorschriften oder solche Informationsblätter oder eine Einladung zu verstehen, ist es wichtig, dass Sie gewissermaßen Übersetzungen in einfacher Sprache erhalten. Sie alle haben hier auf den Tischen Informationsblätter liegen, die ich im Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen entworfen habe und die die Veranstalter für Sie kopiert haben. Ich weiß nicht, ob Sie das alles schon durchgesehen haben. Gerade ich habe mich darum bemüht, dass es wirklich eine sehr einfache und leichte Sprache ist. Auch ich möchte gern noch mal die Frage beantworten, die vorhin gestellt wurde. Wir als Zentrum für "selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen in Mainz", wir versuchen wirklich die Rechte behinderter Menschen durchzusetzen, damit sie auch verstehen, um was es beim Persönlichen Budget geht, damit sie es auch in Anspruch nehmen können. Wie Sie in den Unterlagen nachlesen können, biete ich z. B. auch einen Kurs an, in dem behinderte Menschen lernen, was Selbstbestimmung bedeutet und was das überhaupt ist, das Persönliche Budget? Das wollte ich noch dazu sagen.

**Teilnehmerin:**

Ich arbeite in der Werkstatt Katerstraße und möchte auch einmal etwas sagen. Also, was soeben Herr Ekkardt über das Budget erzählt hat, das habe ich nicht verstanden.

**Herr Ekkardt:**

Vielleicht habe ich mich etwas zu schnell und zu kompliziert ausgedrückt, das könnte gut sein. Ich wollte sagen, dass ich auch selbst behindert bin. Also, der rote Rollstuhl gehört zu mir. Ich arbeite im "Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen", in dem nur behinderte Menschen arbeiten. Wir beraten andere behinderte Menschen. Die Zettel, die hier auf dem Tisch liegen, stellen ein bisschen meine Arbeit vor. Was ich mache, was ich anbiete und wie ich versuche, anderen Menschen mit Behinderung zu helfen, das Persönliche Budget besser zu verstehen. Es selbst an-

zuwenden, und zwar so, wie behinderte Menschen das wollen und nicht so, wie irgend jemand von der Behörde oder vom Heim das vorschreiben möchte. Das wollte ich damit sagen.

**Herr Tank:**

Ich möchte noch darauf eingehen, wie Menschen mit Behinderung besser beteiligt werden können, um ihr Leben zu organisieren. Es bedarf einer besseren Mitwirkung bei den Verhandlungen zwischen Heimträgern und Kostenträgern. Daher haben wir, angeregt durch Karl Finke, die LAGBV gegründet. Im November 2002 werden wir die erste Fortbildung für Heimbeiräte organisieren. Das heißt, wir tragen dazu bei, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Heimbeiräte zu verbessern.

Zum anderen will ich sagen: Wir alle sind so unterschiedlich gestrickt und mein Prinzip ist, jeder Mensch ist lernfähig. Manchmal dauern Lernprozesse eben länger. Und da sind dann auch betreuende Mitarbeiter in der Lebenshilfe oder den anderen Organisationen gefragt, ständig zu vermitteln. Das ganz deutlich auf den Einwand von vorhin: "Vermitteln heißt nicht verhindern". Auch ich muss lernen, z.B. Dinge, die mir wichtig sind, besser bei Veranstaltungen und Diskussionen rüberzukriegen. Aber das, was hier stattfindet und die dazugehörige Einladung, die muss natürlich weitergegeben und notfalls übersetzt werden. Das ist der Unterschied zwischen Unterstützung und Verhinderung, die meist mit der Angst vor Veränderung zu tun hat.

**Teilnehmerin:**

Ich möchte wissen, wie es mit den psychisch kranken Menschen aussieht? Sind sie auch im Budget inbegriffen oder fallen sie erst einmal heraus?

**Herr Ekkardt:**

Also, ich antworte hiermit für Rheinland-Pfalz. Die körperbehinderten, die lernbehinderten bzw. geistig behinderten Menschen und die seelisch behinderten Menschen sind in Rheinland-Pfalz im Persönlichen Budget mit dabei.

**Teilnehmer:**

Mein Frage betrifft Niedersachsen. Unser Gesundheitssystem in den großen Einrichtungen ist zusammengebrochen. Wir sollen und dürfen nicht mehr von Ärzten aus den Einrichtungen betreut

werden. Wir müssen uns Ärzte außerhalb der Institution suchen. Die aber kennen unsere Probleme nicht, können sie nicht kennen. Wie sehen Sie das im Sozialministerium?

**Frau Ratering:**

Die Frage war die nach der Zukunft des medizinischen Dienstes, der in einigen größeren Einrichtungen der Behindertenhilfe im Land Niedersachsen besteht. In diesen Einrichtungen gibt es angestellte Ärzte, die die Bewohnerinnen und Bewohner medizinisch versorgen. Das ist durch Verträge zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und den Sozialhilfeträgern geregelt. Es wurde von einem Zusammenbruch gesprochen. Fakt ist, dass von Seiten einiger Landesverbände der Krankenkassen angekündigt wurde, diese Verträge zu kündigen. Wir haben dann miteinander gesprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass man den Vertrag zweckmäßigerweise erst dann kündigt, wenn eine Alternative besteht. Vor diesem Hintergrund besteht die Absprache, dass wir versuchen, bis Mitte nächsten Jahres eine Lösung zu finden. Wie diese Alternative aussieht, das weiß zurzeit noch keiner.

**Herr Jähnert:**

Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Die berücksichtigen wir auch sofort. Jedoch erinnere ich daran, dass wir das Thema "Persönliches Budget" diskutieren, wofür extra jemand aus Mainz und aus Hamburg zu uns angereist ist. Die beiden fühlen sich dann wahrscheinlich ein bisschen fehl am Platz, wenn es nur um andere Fragen geht. Vielleicht bemühen Sie sich, die Fragen wieder gezielter um das Persönliche Budget zu stellen.

**Teilnehmer:**

Wie geht es denn eigentlich den Leuten in Rheinland-Pfalz mit dem Persönlichen Budget? Geht es ihnen subjektiv besser oder schlechter?

**Herr Ekkardt:**

Vor einer Woche war ich auf einer Abendveranstaltung, zu der Leute eingeladen waren, die das Persönliche Budget nutzen. Alle waren damit sehr zufrieden, denn sie haben jetzt mehr Möglichkeiten, etwas zu unternehmen. Z. B. mit Unterstützung Bus zu fahren, gehen öfter weg, können das Kino besuchen, sind nicht mehr alleine. Sie lernen, Fahrpläne zu lesen. Bekommen von ihren Un-

terstützern und Unterstützerinnen die Post vorgelesen usw. Alle sind der Meinung, dass das Persönliche Budget für sie eine prima Sache ist.

**Herr Jähnert:**

Aber es war in Rheinland-Pfalz so angekündigt worden, dass ihr das nur macht, um Kosten zu sparen. Das wurde ganz offen gesagt. Von den großen Verbänden ist es dann immer als Vorwand genutzt worden, um kritisieren zu können. Geht es denn da objektiv tatsächlich nur um Einsparungen für die Menschen mit persönlichem Budget?

**Herr Ekkardt:**

Bei den Heimplätzen werden mit dem Modellprojekt Kosten eingespart, weil ein Heim immer noch um einiges teurer ist als die Geldleistungen, die man durch das Persönliche Budget bekommt. Es ist gestaffelt von 205 bis 770 Euro im Monat. Das Geld hat man zur freien Verfügung und muß keinen Verwendungsnachweis dafür erbringen. Das heißt, die behinderte Person, die das Persönliche Budget bekommt, kann mit dem Geld tun und lassen, was sie will. Das Einzige, was verlangt wird, ist die UnterstützerInnen zu bezahlen. Und genau das wollen die behinderten Menschen ja, wenn sie z. B. alleine leben. Sie wollen Unterstützung haben, von jemanden, den sie sich selbst aussuchen und selbst bezahlen. Es wird kein Amt und keine Behörde sagen: "Den musst du nehmen", "Das ist dein Betreuer" oder "der kümmert sich um dich". Es ist festzustellen, dass die behinderten Menschen, die ein Persönliches Budget erhalten, sehr zufrieden sind. Außerdem spart man Kosten, da eine Heimunterbringung um vieles teuer ist.

**Herr Finke:**

Ich will nochmals darauf eingehen, was unser heutiges Anliegen ist. Wir wollen Ihnen das Persönliche Budget im SGB IX näherbringen, damit Sie nach dieser Veranstaltung einen kleinen Anker im Kopf haben und sich sagen: Persönliches Budget heißt, ich habe eine bestimmte Summe, hier also 700 Euro pro Monat zur Verfügung, um alles, was ich für mein Leben brauche, selbst zu organisieren. Man muss es erproben und in die Praxis umsetzen. Man muss selbst Erfahrungen damit sammeln. Man muss es zumindest für sich einmal ausprobieren.

Mein Interesse ist, dass wir in der Folge über weitere Formen eigenständigen Lebens diskutieren. Ich hoffe, dass dann die Heimbeiräte und die anderen behinderten Menschen mit dem Gedanken

im Kopf nach Hause fahren: "Was heißt das für mich, für meine Selbsthilfegruppe, für meinen Verband?" und überlegen, "brauche ich mehr Kenntnisse dazu?" Diese Hilfe müssen sie dann auch erhalten, z. B. durch die LAG BV. Wir vom Büro des Behindertenbeauftragten haben das so gemacht, damit in kleinen Gruppen, z. B. im Rahmen eines Bildungsangebotes, solche Fragen besprochen und weitergegeben werden. Ziel muss sein, dass behinderte Menschen sagen können: "Wir vertreten uns selbst und wir können das auch, weil wir uns Kenntnisse angeeignet haben". Wir wollen vom Büro des Behindertenbeauftragten bewusst nicht unterscheiden zwischen den Behinderten, die halbakademisch vorgebildet sind und denjenigen, die das nicht sind. Wir wollen das nicht. Auch deshalb diese Veranstaltung heute.

**Herr Westecker:**

Ich will auf die Kostendiskussion eingehen und ganz stark davor warnen, zu glauben, dass mit dem Persönlichen Budget in erster Linie Kosten gespart werden können. Wenn, wie in der Pflegeversicherung, die Kosten oder die Budgets gedeckelt werden, dann erreichen wir nur die Menschen, die tatsächlich einen geringen Bedarf haben, die schon weitgehend selbstständig sind. Man darf dabei das Bedarfsdeckungsprinzip nicht aus dem Blick verlieren, was eine sehr große Errungenschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist. Wenn Budgets diskutiert werden, dürfen nicht die Menschen außer Acht gelassen werden, die dann vielleicht tatsächlich im Vergleich zur stationären Unterbringung einen höheren Bedarf haben. Auch Sie brauchen Unterstützung, auch ihnen muss das Budget zur Verfügung gestellt werden. Das Budget soll man nicht nur unter "Sparen" einstufen, weil man dann ganz viele Menschen außer Acht lässt, die auch ein Anrecht auf ein selbstbestimmtes Leben haben.

**Herr Ekkardt:**

Es gibt zwei Ziele, die im Modellprojekt erreicht werden sollen. Das Ministerium in Rheinland-Pfalz hat es so festgelegt: Die Lebenszufriedenheit der behinderten Menschen soll steigen. Das ist erreicht worden. Sie ist mit dem Persönlichen Budget gestiegen. Das zweite ist, dass die Kosten nicht höher werden sollten. Das heißt, keine höheren Kosten für das Land und die Kommunen, weil sich beide die Kosten für das Budget teilen. Auch das ist erreicht worden. Es ist ein großes Argument einfach zu sagen: "Seht her, wir erreichen eine größere Lebenszufriedenheit der behinderten Menschen und können dabei noch die Kosten senken". Dieses Argument soll auch andere Bundesländer und Kommunen überzeugen.

**Teilnehmer:**

Die behinderten Menschen sind zufrieden und können ganz gut mit dem Persönlichen Budget leben. Allerdings gibt es auch Untersuchungen die belegen, dass sich einige davon objektiv in einer sehr schlechten Lebenssituation befinden. Das heißt, es gibt ein Auseinanderklappen zwischen objektiven Lebensbedingungen und der Werteinschätzung. Dass Sie jetzt argumentieren, beim Persönlichen Budget wird eingespart, verstehe ich. Aber für mich, in meiner Position, stelle ich fest: Wenn wir im Portmonee mehr zur Verfügung hätten, dann wären wir noch zufriedener.

**Herr Ekkardt:**

Es geht hier um die Selbstbestimmung behinderter Menschen und darum, dass ihre Selbstbestimmung gefördert werden soll. Sicher hätten sie lieber mehr Geld durch das Persönliche Budget. Und jetzt kommt die Frage, wer bezahlt das? Man kann natürlich argumentieren und sagen: Wir haben ein Grundgesetz. Darin steht, wir dürfen aufgrund unserer Behinderung nicht benachteiligt werden. Schön und gut, aber Papier ist geduldig. Das ist das Problem. Wir müssen eine Argumentationsbasis haben. Und die besagt, es sind Kosten eingespart worden und wir haben zwei Trümpfe in der Hand. Wir können auf der einen Seite sagen: Wir als behinderte Menschen wollen Rechte. Wir haben auch ein Recht so zu leben, wie andere Nichtbehinderte, denn wir haben gesehen, dass unsere Situation durch das Persönliche Budget besser geworden ist. Liebe Kommunen, liebes Land, ihr könnt euch nicht über uns beschweren. Ihr spart dabei sogar noch Geld. Und darum geht es. Das sind die zwei Argumente, die wir haben, die wir einsetzen können. Ich finde es zu einfach, wenn man sagt: Wir sind behindert. Wir wollen alle Rechte haben. Ihr müsst uns das gefälligst ermöglichen. Ich meine, man braucht ein gutes Argument, um uns diese Wünsche zu erfüllen. Wir haben es, nämlich diese geringeren Kosten.

**Herr Westecker:**

Ich denke, Rheinland-Pfalz hat uns viele positive Aspekte gezeigt, um die Selbstbestimmung behinderter Menschen umzusetzen. Ein großes Manko ist, dass bestimmte Personengruppen das Persönliche Budget nicht bekommen. Vor allem Menschen mit sehr hohem Hilfebedarf oder Menschen ohne funktionierendes soziales Umfeld sind von vornherein ausgeschlossen worden.

**Herr Ekkardt:**

Ich möchte jetzt hier nicht das Land Rheinland-Pfalz verteidigen. Mir geht es wirklich um die Rechte behinderter Menschen. Es stimmt schon, einige behinderte Menschen bekommen das Persönliche Budget nicht, aus dem einfachen Grund, weil sie nicht die vorgegebenen Voraussetzungen erfüllen. Das ist leider so. Allerdings ist es auch so, dass von Seiten der Kostenträger oft nur die "Sahne der behinderten Menschen" abgeschöpft werden soll. Behinderte Menschen mit einem hohen Hilfebedarf kommen dadurch überhaupt nicht in den Genuss des Persönlichen Budgets. Dieser Umstand sollte nochmals überdacht werden und im Sinne der behinderten Menschen geändert werden.

**Herr Jähnert:**

Wir haben jetzt das Problem, welches wir immer um diese Jahreszeit haben: Es wird dunkel, es ist glatt draußen und die Leute wollen nach Hause. In der Folge werden es immer weniger, die hier noch im Saal sitzen. Deshalb schlage ich vor, ich lasse noch drei Fragen zum Persönlichen Budget zu. Dann darf hier oben jeder ein Statement abgeben und danach machen wir Schluss. Das ist jedenfalls der Vorschlag von mir. Gibt es dagegen entschiedenen Widerstand?

**Teilnehmerin:**

Ich möchte gerne wissen, wann in Niedersachsen ein solcher Versuch startet und ob überhaupt was geplant ist?

**Frau Ratering:**

Wir im Ministerium denken darüber nach, einen Modellversuch zu machen. Aber die Einzelheiten stehen noch nicht fest. Wir sind bei den Anfängen unserer Überlegungen.

**Teilnehmer:**

Leute die nach zwanzigjähriger Tätigkeit in der Werkstatt Rente bekommen, können die auch ein persönliches Budget bekommen?

**Herr Ekkardt:**

Also ich sage das jetzt mal für Rheinland-Pfalz. Das kommt auf die Einkommensgrenze an. Die Einkommensgrenze ist 770 Euro. Wenn jemand unter 770 Euro liegt, bekommt er das Persönliche Budget.

**Teilnehmer:**

Welche Aufgaben haben denn die Persönlichen Unterstützer in Rheinland-Pfalz?

**Herr Ekkardt:**

Es ist so, dass jemand durch das Budget eine Person bezahlt, die ihn bei der Persönlichen Lebensgestaltung unterstützt. Das heißt, jemand, der mit ihm ins Kino geht, jemand, der mit ihm einkaufen geht, jemand, der mit ihm Briefe liest oder andere Freizeitaktivitäten unternimmt. Es gibt z. B. jemanden in Rheinland-Pfalz, der hat sich durch das Persönliche Budget ein Auto geleast, weil die Fahrscheine von den ambulanten Diensten viel teurer sind. Man sieht, es gibt vielfältige Möglichkeiten, das Persönliche Budget einzusetzen. Je nachdem, wie jemand Hilfe braucht oder auch nicht.

**Herr Jähnert:**

Wir kommen dann jetzt zu den abschließenden Statements.

**Herr Tank:**

Ich habe die Erkenntnis gewonnen, dass das Persönliche Budget ein großartiger Weg sein kann, und der muss natürlich weiter gefördert und durchdacht werden. Gerade weil in der heutigen Zeit die großen Einrichtungen sich derart verändert haben und damit den Erwartungen der Menschen mit Behinderung nicht mehr ganz gerecht werden. Die Behinderungen der Menschen, die in Heimen leben, werden immer stärker und damit wird eine Philosophie der größeren Bevormundung hervorgebracht. Gleichzeitig behaupten die Verantwortlichen: "Wir bieten den Bewohnern immer mehr Selbstbestimmung. Da ist das Persönliche Budget ein Weg, dieses Versprechen einzulösen, was ein Heim leider nicht kann.

**Herr Westecker:**

Zum Abschluss möchte ich darauf hinweisen, dass es normal ist, dass das Interesse am Persönlichen Budget nicht so riesengroß ist. Das gilt für die Behindertenszene und für viele Betroffene. Es ist eben nicht so, dass alle Behinderten das Persönliche Budget für sich einfordern, sondern nur ein kleiner Teil, der selbstständiger leben möchte. Diese Erfahrung habe ich im Ausland gemacht und hier ist das nicht anders.

Es bedarf einer gründlichen Vorbereitung. Wir haben bei uns in den Institutionen von "LEBEN MIT BEHINDERUNG HAMBURG" versucht, den Grundgedanken des Persönlichen Budgets auch auf stationäre Einrichtungen zu übertragen. In den Wohngruppen leben Menschen mit Lernschwierigkeiten und Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen.

In einem Modellprojekt wird das Sachkostenbudget, z.B. das Lebensmittelgeld, direkt an die Bewohner/innen ausgezahlt. Bewohner erhalten das Geld für den alltäglichen Gebrauch von Lebensmitteln direkt in die Hand. Die Bewohnerinnen und Bewohner versorgen sich dann selbst und erhalten die notwendigen Hilfestellungen durch die Mitarbeiter/innen. Sie können dann beispielsweise auch selbst entscheiden, welche Wurst sie kaufen, wann sie etwas essen wollen und wer ihnen dabei helfen soll. Das ist ein einfacher, aber entscheidender Schritt, um auch das Leben in Institutionen selbstbestimmter zu machen.

Der zweite Schritt, den Bewohner/innen auch Mitsprache zu geben, wann ihnen geholfen wird und wer ihnen hilft, ist sehr viel komplizierter. Wir planen, ein Zeitbudget in einzelnen Wohngruppen einzuführen. Bewohnerinnen und Bewohner erhalten ein Stundenkontingent, um mit Mitarbeiter/innen ihrer Wahl abzumachen, wann ihnen geholfen wird oder welche Aktivität sie gemeinsam unternehmen wollen.

### **Frau Ratering:**

Der wichtigste Punkt der heutigen Veranstaltung ist für mich, dass ich einerseits eine große Aufgeschlossenheit gegenüber dem Persönlichen Budget erlebt habe, aber andererseits auch mit einem riesigen Nachfragebedarf, was die Ausgestaltung im Einzelnen angeht, nach Hause gehe. Für meine Arbeit kann ich sagen, dass wir noch weiter diskutieren müssen, um die Rahmenbedingungen zu klären.

**Herr Ekkardt:**

Mir bleibt nur noch zu hoffen, dass ganz viele behinderte Menschen verstehen, was ein persönliches Budget ist, was sie damit machen können, und dass sich das Persönliche Budget vielleicht irgendwann mal - ich hoffe es - in der ganzen Bundesrepublik durchsetzen wird.

**Herr Finke:**

Meine Damen und Herren, die Tagung neigt sich dem Ende zu. Mein Schlusswort will ich mit einem Zitat beginnen. Herr Dörner, mit dem wir eine Veranstaltung durchgeführt haben zur Auflösung von Heimen und Enthospitalisierung hat in einem Artikel geschrieben: "Massenhaltung von Menschen ist keine artgerechte Lebensform für behinderte Menschen." Dies ist sicherlich sehr drastisch. Aber Herr Dörner kann das guten Gewissens sagen, weil er selbst Leiter der größten Einrichtung in Nordrhein-Westfalen war. Eines Landeskrankenhauses für seelisch Behinderte und psychisch Kranke. Er hat diese große Einrichtung in Gütersloh vollkommen aufgelöst. Für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Kosten gegenüber vorher dadurch deutlich geringer geworden. Also, zwei Varianten haben dort gefasst. Menschen mit Behinderungen leben eigenständig und selbstbestimmt in eigenen Wohnungen und verfügen über eigene Mittel. Die Großeinrichtung mit 1.400 Bewohnerinnen und Bewohnern gibt es nicht mehr. Das Land NRW zahlt nicht mehr, sondern ein paar Millionen weniger und die behinderten Menschen sind hoch zufrieden. Wenn das keine überzeugende Botschaft ist, von einem, der aus der Praxis zur Theorie kommt und feststellt: "Das soll die Lebensform für alle Menschen werden". Ich, denke das ist außerordentlich beeindruckend.

Ich meine, so müssen wir das mit dem Persönlichen Budget auch machen. Nicht bei den leistungsstarken behinderten Menschen beginnen. Dann klappt nachher die Kostenfalle zu. Beginnen sollten wir bei denen, die im Heim wohnen und dort raus wollen, bei denjenigen, die in der Werkstatt arbeiten und über das Persönliche Budget Alternativen verwirklichen wollen. Dort müssen wir ansetzen, ihnen die Möglichkeiten eröffnen. Eine der Grundaussagen bei Herrn Dörner war für mich: Wenn ihr so etwas mit dem Persönlichen Budget macht, fangt da an, wo viele denken: Das geht doch wohl gar nicht. Das geht und das muss genau da gehen.

Und eines ist auch klar: Was man jahrelang nicht gemacht hat, das verlernen Mann und Frau, egal ob behindert oder nicht behindert. Wer sich seine eigene Lebensgeschichte selbst gestalten kann,

der wird merken, dass er sich auf einmal Dinge aneignet, von denen er meint, das hätte ich mir gar nicht zugetraut. Ich denke, sich trauen, anpacken und zusammen mit anderen partnerschaftlich umgehen, auch das ist ein Kriterium des Persönlichen Budgets.

Ich habe für mich heute mitgenommen, das Persönliche Budget als Geld behinderten Menschen selbst zu überlassen. Es ist jedoch eine schwierige Aufgabe für uns alle. Ich habe auch verstanden, dass es nicht darum gehen kann, ausschließlich Kosten zu sparen, sondern dass die Menschenwürde und die Menschenrechte vor den Kostenargumenten stehen.

Von allen, die hier diskutiert haben, habe ich erfahren: Was in Hamburg noch im Sande verläuft, was in Rheinland-Pfalz behinderte Menschen gestärkt hat, in Niedersachsen überlegt wird, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch im politischen Raum, also bei den Parteien, das ist das, was die vielen behinderten Menschen wollen. Wenn wir gemeinsam, die LAG BV zusammen mit People First (die Selbsthilfebewegung so genannter geistig behinderter Menschen), die Blindenverbände, die Körperbehindertenverbände, die Lebenshilfe, ständig Druck machen, damit die Entmündigung behinderter Menschen aufgehoben wird, dann werden wir gemeinsam auch das Persönliche Budget erreichen und es für uns sinnvoll gestalten. Egal, ob jemand in der Werkstatt arbeitet, im Heim oder wo auch immer er lebt, er kann sich mit dem Persönlichen Budget eine neue, eine andere Lebensform erschließen.

Die Tagung des Behindertenbeauftragten zusammen mit der LAG BV fordert erstens die zügige Umsetzung eines flächendeckenden Persönlichen Budgets - schreckliches Fremdwort -, damit behinderte Menschen selbst die Mittel in der Tasche haben, die ausgegeben werden. Wir wollen das selbst erfahren.

Die zweite Forderung, die damit für mich verbunden ist, dass wir an der Ausgestaltung des Persönlichen Budgets beteiligt werden, dass es zum echten Dreiecksverhältnis zwischen Kostenträgern Leistungserbringern und Leistungsempfängern kommt. Erst dann können wir behinderte Menschen mitentscheiden, wie es die Bundesregierung beim Gleichstellungsgesetz und beim SGB IX vorgemacht hat. Hier wurden erstmalig Gesetzentwürfe behinderter Menschen als Grundlage für Gesetze umgesetzt und behinderte Menschen haben in den Umsetzungsgremien mitgearbeitet.

Als Behindertenbeauftragter freue ich mich, dass dieses schwierige Thema heute hier - mit über 200 Vertretern aus ganz Niedersachsen diskutiert wurde, den behinderten Menschen aus Heimen, aus Werkstätten, behinderte Menschen, die in unterschiedlichen Funktionen hierher gekommen sind. Erst einmal Ihnen meinen herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind. Mein Dank gilt aber auch insbesondere denen, die am Podium teilgenommen haben. Herrn Helmut Tank, Herrn Westecker, Frau Ratering und Herrn Becker, Ihnen noch mal meinen herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben.

Eine gemeinsame Botschaft sollten wir mitnehmen und im Lande verbreiten: "Das Persönliche Budget, das wollen wir nicht nur, sondern wir wollen bei der Planung beteiligt werden. Und wir melden uns, mischen uns ein, wenn da etwas ansteht, was uns angeht."

Vielen Dank. Angenehme Heimreise. Tschüß.

Herausgegeben vom  
Behindertenbeauftragten  
des Landes Niedersachsen  
Postfach 141, 30001 Hannover  
Juni 2003

Schriftenreihe Band 32  
(Vorabdokumentation Teil 2)  
Die Broschüre erscheint zeitgleich im Internet:  
<http://www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de>

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier